Jagdhornbläser „Fürst Bismarck“

BREUEL-BILD

Waidmannsheil!

Und peng: Wildbret

Nein, so darf man dem Fürsten nicht kommen. Nicht in dieser Causa. Denn es geht um eines der allerheiligsten Spiele des Adels und um ein Hochamt europäischer Blaublüter zugleich: Es geht um die Jagd! Und so klagt Ferdinand Fürst von Bismarck auch gleich via „Bild“ pluralis majestierend: „Wir können nicht hinnehmen, dass die Tradition zerstört wird.“ Sein Sohn, der Gregor, Graf von Bismarck, assistiert: „Wir haben uns entschlossen, die Frage gerichtlich klären zu lassen.“ Dabei ist die Frage gar keine Frage, sie ist Gesetz. Und das schon seit 1999. Damals hat der schleswig-holsteinische Landtag beschlossen, Jagdgatter zu verbieten, eingezäunte Waldgebiete also, in denen Wild gehalten wird, auf dass es sich nicht davonmachen kann, wenn es erlegt werden soll. Die Bismarcks haben zwei derartige Gehege im familieneigenen Sachsenwald bei Friedrichsruh. Wenn sie zur Jagd rufen und die geladenen Gäste unter Waffen heranschreiten, können diese fröhlich auf Damhirsch und Wildschwein ballern – und beim Totverblasen garantiert auf eine schöne Strecke schauen. Waidgerecht sei das nicht, klagen Kritiker schon lange. Mancherorts werden Tiere sogar gefüttert und traben zutraulich heran, wenn der Jagdmann naht. Wie putzig! Und peng: Wildbret. „Mit einer modernen, naturnahen Jagd hat das rein gar nichts zu tun“, findet Schleswig-Holsteins Umweltminister Robert Habeck. Andere Spielverderber sprechen gar von einem „Jagd-Bordell“. 15 Jahre Übergangsfrist hatte das Kieler Parlament seinerzeit den Bismarcks eingeräumt, bis Ende Oktober 2014. Seit zwölf Monaten also müssten die Zäune verschwunden sein, doch die Nachkommen des Reichskanzlers schert das nicht. „Unsere Familie ist seit etwa 140 Jahren Eigentümerin des Wildgatters und betreibt dieses rechtmäßig und erlaubt“, befindet Ottos Ururenkel Gregor. Und daran will er festhalten. Eisern. ldt

Afghanistan

Angriff aufs Konsulat

Im Norden Afghanistans ist ein Anschlag auf das deutsche Generalkonsulat nur knapp gescheitert. Laut internen Bundeswehr-Papieren schleuderten Unbekannte am 20. Oktober aus einem fahrenden Auto eine Handgranate auf die Vertretung der Bundesrepublik im Zentrum der Provinzhauptstadt Masar-i-Scharif; sie explodierte jedoch in einem Graben vor dem Konsulat. Die Hintergründe des Anschlags sind unklar. Im früher relativ sicheren Masar-i-Scharif, wo die Bundeswehr ihr letztes Feldlager in Afghanistan betreibt, verschlechtert sich die Lage zunehmend. Das Auswärtige Amt hat deswegen vor Kurzem die Sicherheitsvorkehrungen für die Außenstelle dort verschärft. mgb

CDU

Kontroverse Anträge

Die gewerkschaftsnahen Politiker in der Union wollen Selbstständige, die keine Angestellten haben – sogenannte Solo-Selbstständige – künftig in die gesetzliche Altersvorsorge einbeziehen. Dabei gehe es „insbesondere um eine Absicherung in der gesetzlichen Rentenversicherung“, heißt es in einem Antrag des Arbeitnehmerflügels der Union (CDA) für den CDU-Parteitag im Dezember in Karlsruhe. Die CDA drängt auf mehr Rechte für Beschäftigte in einer zunehmend digitalisierten Arbeitswelt. „Auch muss es in der digitalen Arbeitswelt faire Löhne und gute Arbeitsbedingungen geben“, heißt es in den Anträgen der CDA zum Parteitag. Der CDU-Bundesvorstand will dort durchsetzen, dass künftig ein größerer Anteil der Mitgliedsbeiträge in die Kasse der Zentrale fließt. Demnach sollen die Landes- und Kreisverbände pro Mitglied statt wie bisher 64 Cent bis zum Jahr 2018 einen Euro im Monat dem Konrad-Adenauer-Haus überlassen. In mehreren Landesverbänden stößt das auf Unmut. ama, mad, ran

Sicherheit

Abhören leichter gemacht

Das Bundesinnenministerium will eine neue Sicherheitsbehörde aufbauen. Mit deren Hilfe soll Internetkommunikation besser überwacht und Verschlüsselung geknackt werden. Aufgabe der Behörde sei es unter anderem, neue Methoden zu entwickeln, um in verschlüsselte Kommunikation, etwa bei Messenger-Diensten eindringen zu können, heißt es in Regierungskreisen. Auch bei der Onlinedurchsuchung, bei der der Rechner einer Zielperson infiltriert wird, sowie beim Abhören von Gesprächen könnte die Behörde neue technische Werkzeuge entwickeln. Dafür will das Innenministerium bis zu hundert Kryptologen und Netzwerkexperten einstellen. Die Institution soll allerdings nicht selbst überwachen, sondern nur die Technik dafür entwickeln. Die Anwendung würde weiterhin Sicherheitsbehörden wie dem Bundeskriminalamt oder dem Bundesamt für Verfassungsschutz obliegen. Die Pläne sind allerdings regierungsintern umstritten. Innenminister Thomas de Maizière (CDU) will das Projekt demnächst vor Abgeordneten des Bundestags präsentieren. hst, jös

De Maizière

BERND VON JUTRCZENKA / DPA